

Π.Α. 24.2



Mit den besten Empfehlungen
der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland

Jhr Otto Kueven

10210 Athen
Odos Karaoli und Dimitriou 3
Tel.: 36941



Avec les compliments
de l'Ambassade de la République fédérale d'Allemagne

10210 Athen
Odos Karaoli und Dimitriou 3
Tel.: 36942

Athen sucht Weg zwischen Staat und Markt

Simitis hält an Sparprogramm fest / Von Peter Völker und Guenther P. Olthof

Bonn/Köln. — Die griechische Regierung scheint entschlossen, die derzeitigen tiefgreifenden wirtschaftlichen Probleme des Landes in erster Linie mit marktwirtschaftlichen Mitteln zu lösen. Zugleich will Athen aber den eingeschlagenen eigenen sozialistischen Weg in der Wirtschaftspolitik offenbar nicht aufgeben. Nach Treffen in Bonn und Köln mit Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) und Vertretern der deutschen Wirtschaft unterstrich Wirtschaftsminister Konstantinos Simitis, der nach den Parlamentswahlen vom Sommer Gerassimos Arsenis ablöste, in einem Gespräch mit VWD den festen Willen seiner Regierung, ihre im Oktober bekanntgegebenen Stabilisierungsmaßnahmen zur Gesundung der Wirtschaft konsequent zu verwirklichen. (vgl. NfA Nr. 239 v. 12. 12. 85)

Dies bedeutet, daß Griechenland neben anderen fühlbaren Einschnitten ungeachtet der massiven Proteste namentlich der Gewerkschaften der öffentlichen Unternehmen auch die beschlossenen Lohnbegrenzungen nicht aufweichen will. Zusätzliche Sparopfer indes hält Simitis derzeit nicht für erforderlich. Nach Belangen Weigern, sich Austeritätskonzepten à la Margret Thatcher und IWF zu eigen zu machen, hatte Ministerpräsident Andreas Papandreou zusammen mit seinem neuen Wirtschaftsminister im Spätsommer die wirtschaftspolitische Notbremse gezogen und neben einer Abwertung der Drachme drastische Sparmaßnahmen im öffentlichen und privaten Sektor, darunter auch ein Abrücken von der seither in Griechenland gültigen: automatischen Lohnanpassung, verordnet. Dies hatte die Gewerkschaften auf den Plan gerufen. Im Spätherbst kam es im ganzen Land zu Streiks, die im November in einen Generalstreik mündeten. Die Proteste dauern noch an.

In Athen hat sich offensichtlich die Ansicht durchgesetzt, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht mit massiven staatlichen Ankerbelungsprogrammen zu lösen sind. Insbesondere Simitis, der als Architekt der jetzigen Wirtschaftspolitik gilt, vertritt den im Kabinett heute vorherrschenden undogmatischen Ansatz, bei der Verwirklichung einer sozialistischen Wirtschaftspolitik zunächst nur das Machbare zu machen. „Ich glaube, wenn man eine sozialistische Politik in Griechenland zum

Erfolg führen will, muß man sie so planen, daß der Erfolg auch eintritt“, sagte Simitis in dem VWD-Gespräch.

„Geschäftsbanken erfüllen ihre Impulsgeberfunktion nicht“

Aus seiner Sicht „kann in einer Marktwirtschaft eine Regierung nicht gegen die Gesetze des Marktes“ arbeiten. Wachstum und Stabilität könne nicht dadurch erreicht werden, in dem immer mehr Geld in die Wirtschaft gepumpt werde, um die Nachfrage zu steigern. Von Simitis erwarten Kreise der griechischen Wirtschaft, daß er sein Amt weniger interventionstheoretisch bekleidet als sein Vorgänger.

Andererseits will der bereits als Landwirtschaftsminister im ersten Kabinett Papandreous sehr erfolgreiche Politiker auf mehr staatliche Lenkung der Wirtschaft seines Landes nicht verzichten: „Wir wollen eine Wirtschaft haben, in der nicht alleine die Marktkräfte herrschen, sondern auch der Staat eine bedeutende Rolle spielt.“ Als Instrument dazu sollen ihm die Banken dienen, auf die nach seinen Vorstellungen über die Aufsichtsgremien und Vorstände mehr staatlicher Einfluß ausgeübt werden soll. Die schon vor der Übernahme der Regierung durch die Sozialisten im Jahr 1981 weitgehend staatlich kontrollierten griechischen Banken sind nach Simitis in ihrer Geschäftspolitik nicht flexibel genug. Sie seien nicht risikofreudig genug.

In der Regel würden sich die Banken seines Landes ihrem Selbstverständnis nach lediglich als Kapitalsammelstellen betrachten und ihre mögliche Rolle als Impulsgeber der Wirtschaft daher unzureichend wahrnehmen. So seien beispielsweise gewöhnliche Kredite nur gegen Sicherheiten in Form von Immobilien zu bekommen: „Wer keinen Grundbesitz hat, ist nicht kreditfähig.“ Simitis will die Geschäftspolitik der Banken dahingehend verändern, daß künftig Unternehmen auch aufgrund gewinnversprechender Projekte in den Genuß von Krediten kommen. Zugute könnte ihm bei dieser Absicht die Tatsache kommen, daß die Banken in Griechenland theoretisch zwar privat geführt werden, der Staat aber traditionell über Beteiligungen und strenge Bankengesetze die meisten Kreditinstitute kontrolliert.

Unverzichtbare staatliche Einflußzonen sind aus der Sicht des Ministers, der früher als Professor in Gießen Rechtswissenschaften gelehrt hat, der Erziehungssektor und das Gesundheitswesen. Das private Gesundheitswesen in Griechenland habe sich als nur wenig leistungsfähig erwiesen.

Möglichkeiten zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft sieht Simitis in einer Stärkung der Genossenschaften. Nach seinen Worten will die Regierung die Genossenschaften ermuntern, sich verstärkt auch dem Handelssektor und der Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten zu widmen. Daneben sollen aber auch weiterhin die Privatbetriebe ihre Chance bekommen. „Wir sind aber nicht bereit, den Privatbetrieben in Zukunft günstigere Bedingungen zu gewähren als den Genossenschaften, wie es unter früheren Regierungen der Fall war“, sagte Simitis.

Einen europäischen Anpassungsdruck sieht Simitis nicht

Nach Darstellung des sozialistischen Ministers wäre es allerdings falsch zu sagen, daß sich der Staat in Griechenland in letzter Zeit ausgeweitet hat. Zur Rechtfertigung seiner Ansicht verweist Simitis auf den schon immer hohen staatlichen Einfluß auf die griechische Wirtschaft. Traditionell unterstanden in Griechenland mehr als 60% des Wirtschaftsgeschehens dem Staat oder würden mittelbar staatlich kontrolliert.

Die Frage, ob sich durch den wirtschaftlichen Nutzen, den Griechenland aus der EG ziehe, ein Anpassungsdruck auf seine Politik ergebe, verneinte der Minister. Simitis ist zuversichtlich, das griechische wirtschaftspolitische Modell auch in der EG konsequent verwirklichen zu können. Trotz wirtschaftspolitischer Auflagen werde der unlängst vereinbarte 1,75-Milliarden-Ecu-Kredit der EG die griechische Wirtschaftspolitik im Kern nicht verändern. „Es wäre sicherlich falsch, jetzt von einem Anpassungsdruck zu sprechen“, meint Simitis, zumal seine Regierung ihr Sanierungsprogramm lange vor der Kreditvereinbarung bekanntgegeben habe. „Wir wollen unser Programm durchführen, ohne Rücksicht darauf ob es die EG will oder nicht.“

Griechenland bekennt sich zur Europäischen Gemeinschaft

Köln. — Das kürzlich in Kraft getretene Stabilisierungsprogramm der griechischen Regierung und die Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik Deutschland und zur EG standen im Mittelpunkt der Verträge, den der griechische Wirtschaftsminister S.E. Simitis im Hause des Deutschen Industrie- und Handelstages in Bonn am 9. 12. hielt.

Wie der Minister hervorhob, ist es der sozialistischen Regierung seit ihrem Amtsantritt im Jahre 1981 trotz eindeutiger Besserung der sozialen Lage der Bevölkerung nicht gelungen, die übernommenen strukturellen Ungleichgewichte zu beseitigen. So habe für 1985 ein Zahlungsbilanzdefizit von etwa 3 Mrd. \$ gedroht. Daher habe ein unausweichlicher Zwang zu den kürzlich getroffenen Stabilitätsmaßnahmen bestanden. Als deren Kernstück seien die Abwertung der Drachme um 15% und die Verhängung der Bardepotpflicht, von der rd. 25% des griechischen Importvolumens betroffen seien, anzusehen. Daneben seien eine strengere Lohn- bzw. Einkommenspolitik sowie zusätzliche Steuermaßnahmen Bestandteile des Programmes.

Nach den Worten des Ministers verbindet die Regierung mit dem Programm ehrgeizige Ziele. So sollen die derzeitige Inflationsrate in Höhe von 19% bis Ende 1986 auf 15-16% bzw. bis Ende 1987 auf 10% herabgedrückt und das Haushaltsdefizit von jetzt 15% des Bruttosozialprodukts auf ca. 10% zum gleichen Zeitpunkt gesenkt werden. Desgleichen wird eine Verringerung der Steigerungsrate der Geldmenge um 7 Punkte angestrebt.

Wie Simitis weiter ausführte, ist sich die griechische Regierung der gravierenden Unterschiede zu anderen westlichen Industrieländern im wirtschaftlichen Bereich bewußt. Diese beruhen jedoch eindeutig auf dem noch hebungsbedürftigen Entwicklungsstand des Landes und erheblichen Schwächen seiner Infrastruktur. Es

müsse indessen Klarheit darüber bestehen, daß die angestrebte Stabilität ihrerseits die Voraussetzung für eine positive wirtschaftliche Entwicklung und damit für ein günstiges Investitionsklima darstelle. Im Sinne dieser Zielsetzung werde die Bardepotpflicht mit der EG-Kommission zu bestimmten Zeitpunkten daraufhin überprüft, ob und inwieweit eine allmähliche Senkung ihrer Sätze möglich sei.

Simitis warb im weiteren Verlauf seines Vortrages eindringlich für Griechenland als Investitionsstandort. Er wies in diesem Zusammenhang auf die bestehenden gesetzlichen Investitionsreize (nach Zonen gestaffelte Zuschüsse, Abschreibungserleichterungen, Zinsverbilligungen) hin. Besonders hob er in diesem Zusammenhang die Rolle Griechenlands als guten Stützpunkt für Exporte in die Märkte Afrikas und des Mittleren Ostens hervor. Dazu sei jedoch eine vorherige intensive Marktforschung unerlässlich.

Abschließend legte der Minister ein eindeutiges Bekenntnis zur Europäischen Gemeinschaft ab, deren Zielen sich Griechenland nach wie vor verpflichtet fühle. Alle der Integration entgegenstehenden Hindernisse, besonders auch auf dem Gebiet der staatlichen Infrastruktur, würden in den nächsten Jahren konsequent abgebaut. So sei die Einführung der Mehrwertsteuer nunmehr mit Bestimmtheit für Anfang 1987 vorgesehen, nachdem die technischen Voraussetzungen dafür geschaffen worden seien. Die von vielen Wirtschaftskreisen als Hemmnis angesehene Regulatorsteuer werde allmählich abgeschafft. Desgleichen sei vorgesehen, die bestehenden Exportsubventionen bis Ende 1986, d.h. bis zum Inkrafttreten der Mehrwertsteuer, auslaufen zu lassen. Auf die Hebung des Qualitätsstandards der griechischen Exportprodukte werde die Regierung ihr besonderes Augenmerk richten.

A.1300, A.1400, C.200, F.200, F.1500

-BfAI/NfA (z) 12. 12. 85